

Gemeinsame außerparlamentarische Demonstrationen der Arbeiterklasse! Die Polizeifaktion im Reichstag war sehr lebhaft.

Weshalb die linken Sozialdemokraten daraus Konsequenzen ziehen? Wenn nicht — die rote Front ist im Werden. Sie wird sich bilden, weil die Kapitalisten die Arbeiter zusammenschlagen. Sie wird sich dann bilden gegen und ohne euch!

Die deutsche Arbeiterklasse hat bittere Erfahrungen gesammelt in den acht Jahren der glorreichen Koalitionspolitik der SPD. Zurück zum Klassenkampf! Hinein in die rote Front! Danach drängen die SPD-Arbeiter genau so wie ihre kommunistischen Kollegen. Und dann werden auch die indifferenten Massen wieder aktiv werden!

Die SPD-Presse zu den Vorgängen im Reichstage

Vom der kommunistischen Reichstagsfraktion wird uns geschrieben:

Das Sekretariat der Reichstagsfraktion der SPD (Vorstand der Fraktion ist Herrmann Müller) veröffentlicht in der sozialdemokratischen Presse eine Darstellung über die Ursachen des Herauswurfs der Genossen Hülse und Jabsch aus der Sonnabend-Sitzung des Reichstages. Die Darstellung, die in diesem Bericht gegeben wird, wird von den Verfassern selbst als „objektiv“ hingestellt. Wir stellen zu dieser „objektiven“ Darstellung folgendes fest:

- Die SPD-Reichstagsfraktion bestätigt darin:
 - dass auch die vom Reichsfinanzministerium eine Aufstellung über die geplante weitere Einschränkung der Redeweise erhalten hat;
 - dass über die weitere Handlungsmachung der kommunistischen Opposition bereits am Freitag nachmittags Verhandlungen stattfanden, an denen auf der einen Seite die Regierung der Großgrundbesitzer und Industriellen mit den Parteien des Steuertraubs und Steuerbetrugs und auf der anderen Seite Vertreter der Sozialdemokratie (Herrmann Müller, Hilferding u. a.) teilnahmen;
 - dass sich in dieser Sitzung, von der die Kommunisten mit Einverständnis der sozialdemokratischen Unterhändler bewußt ausgeschlossen wurden, bereits die Steuerbetrugsparteien mit der sozialdemokratischen „Opposition“ über eine weitere Verschärfung der Durchpeisung der Steuererträge einigten.

Der Kuhhandel zwischen dieser „Opposition“ und der deutschen Regierung war also schon am Freitag perfekt. Die Tatsache, daß die SPD-Unterhändler die Ausschaltung der Kommunisten mitmachen, beweist, daß sie mit der weiteren Abwägung der kommunistischen Opposition einverstanden waren und daß sie nicht gewillt waren, einen Kampf gegen die weitere Vergewaltigung der Opposition zu führen. Sie bestätigen damit nur die Behauptung der Kommunisten, daß sie gar nicht gewillt sind, einen wirklichen Kampf gegen den Steuerraub zu führen.

Zur Verteidigung des schändlichen Treibens der Müller, Hilferding, Herr, Braun usw. wird dann in dem offiziellen SPD-Bericht zu Fälschungen gegriffen. Es wird behauptet, die neue Regelung über die Redeweise bestehe keine Verschärfung, sondern nur eine Umstellung, es sei alles beim Alten geblieben. Man versucht es sogar so hinzustellen, als hätten die sozialdemokratischen Unterhändler gegen die Pläne der Rechten gekämpft und Verbesserungen durchgeleitet.

Demgegenüber stellen wir fest, daß keinerlei Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Zustand, sondern nur Verschlechterungen eingeführt wurden.

Es hat eine weitere verschärfte Zusammenfassung von Paragraphen zu Gruppen stattgefunden, die Redeweise für diese Gruppen wurde von bisher 20 Minuten auf 15 Minuten Redeweise herabgesetzt, für die Hauptreden zu den einzelnen Gegebenen wurde die Redeweise weiter verfürzt. Bei vorsichtiger Berechnung bedeutet das alles in allem, daß für jede der Oppositionsparteien

weitere 2 1/2 Stunden Redeweise gegenüber der letzten Einschränkung in Abzug kommen.

Rechnet man das Eingreifen des Finanzministeriums, der Ländervertreter usw. hinzu, so ist ein ganzer Tag für die lächerliche Opposition genommen worden. Daß die Rechte das will, wissen wir, daß die SPD, dies mitmacht und verteidigt, wird jetzt von ihr bestätigt.

In dem Bericht des Sekretariats der SPD-Fraktion wird dann weiter zugegeben, daß sich die Müller, Hilferding, Herr, an die Abmachungen mit den Steuerbetrugsparteien gebunden fühlten, daß sie absichtlich gegen die kommunistischen Anträge auf Verlängerung der Redeweise von zweimal 10 Minuten bei dem Verkehrssteuergesetz gestimmt haben. Es wird dann so dargestellt, als hätten die sozialdemokratischen Abgeordneten, die mit den Kommunisten stimmten oder sich der Stimme enthielten, den Sinn der Abstimmung nicht verstanden. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß auch hier eine Fälschung vorliegt. Das Mitstimmen mit den Kommunisten bzw. die Stimmenthaltung eines Teils der Sozialdemokraten war eine bewußte Demonstration dieser Abgeordneten gegen das Verhalten der Müller und Hilferding. Ein großer Teil dieser Sozialdemokraten war über deren Verhalten genau so entrüstet wie die Kommunisten. Selbst solche, die nicht in dem Kai stehen, „Linke“ zu sein, wie Steinlopp, Rimmgen gegen Müller. Wir sind gespannt, ob die Zubeil, Dittmann, Levi, Rosenfeld und Genossen die merkwürdige Berichterstattung des Sekretariats der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion so ohne weiteres hinnehmen.

Auch der Sozialdemokrat Keil, dem wir übrigens gern bestätigen, daß er zur Müller-Clique gehört, verliert ebenfalls durch „objektive“ Darstellung der Vorgänge und durch häßliche Bemerkungen gegen die kommunistische Opposition die Müller und Konjanten in Schutz zu nehmen. Sein Versuch, die sozialdemokratische „Opposition“ aufzuführen, wird die Arbeiterklasse nicht darüber täuschen, daß dieselben Leute, die auf der Tribüne des Reichstages Opposition intönen, hinter den Kulissen eine Paki mit den Parteien des Steuerbetrugs und des Steuertraubs am Programm haben, zur Abwägung des kommunistischen Steuertempes.

Ständliche Maßnahmen der Bergwerksverwaltungen der Oelsch-Lugauer Kohlenzechen

In der Oelsch-Lugauer Bergzeche ist die Belegschaftsziffer in den letzten Jahren von 18 000 auf 9 000 herabgesetzt worden. Die Oelsch-Lugauer Bergzeche, die infolge der Hungerlöhne nicht mehr arbeiten kann, manchen noch anderen Zechen hin, in

andere Zeche ab. Um die Löhne durch Herabsetzung der Kampflosigkeit der Bergarbeiter noch mehr zu drücken und die Arbeitszeit zu verlängern, holen sich nun die Grubenbesitzer aus anderen Zechen ihre Arbeiter heran. Das Hauptkontingent stellen nun diesen ausländischen Opfern Oberhieschen und die Tschechen. Aus Oberhieschen ist am 20. Juli ein neuer Transport von 70 Mann in Oelsch-Lugauer eingetroffen. Zum größten Teil sind es Arbeiter aus den polnischen Zechen, die von der polnischen Regierung ausgewiesen wurden, darunter ganz wenig Bergarbeiter. Da sie der schweren Arbeit in den Zechen nicht gewachsen sind, laufen sie mittellos umher und haben keine Möglichkeit, wieder abzureisen. Ihr Los ist ein furchterliches, da sie weder Nahrung noch Wohnung haben.

Den Arbeitern aller Bergzeche muß von diesen Tausenden Kenntnis gegeben werden, damit sie den Forderungen der Oelsch-Lugauer Grubenbesitzer nicht ebenfalls Folge leisten und das traurige Los der dortigen Arbeitsbrüder teilen.

Die Arbeitslosigkeit im Ruhrbergbau

Olsen, 5. August. (Telunion.) Nach der Aufstellung des Landesarbeitsamtes Westfalen (Abteilung Bergbau Bochum) beträgt die Zahl der arbeitslosen Bergleute im Ruhrbergbau gegenwärtig schätzungsweise 15 000 Mann. Bis zum 15. August sind weitere Entlassungen von 13 000 Mann angedündigt.

Breuchen-Amnestie!

Berlin, 5. August. (Eigener Drahtbericht.) Der „Vorposten“ als Nachrichtenblatt der preussischen Braun-Schering-Regierung teilt am Dienstag abend mit, die Amnestievorlage der Breuchenregierung sei jetzt fertiggestellt; das Kabinett werde sich noch diese Woche damit beschäftigen. Da der preussische Landtag erst wieder im Herbst zusammentritt, werde die Intraffaktion der preussischen Amnestie im Wege der Notverordnung erzwungen. Jeder Inhalt und Charakter macht der „Vorposten“ nur ganz vorläufige und vernehmliche Andeutungen, er sagt, sie sei der geplanten Reichs-Amnestie verwandt.

Sozialdemokratische Arbeiter gegen den Hungerstreik

Hamborn, 4. August. (Eig. Drahtbericht.) Am 2. August nahm hier die in neun Jahren als Sozialdemokraten zusammengewickelte Kartellierung der freien Gewerkschaften einstimmig die Resolution an: „Die Kartellierung der freien Gewerkschaften Groß-Hamborn protestiert auf das Entschiedenste gegen die absicht unzulässige und die Arbeiterklasse provozierende Amnestievorlage der Regierung. Sie verlangt eine umfassende Amnestie für sämtliche politischen, proletarischen Gefangenen, gleichwohl, ob sie zu Gefängnis, Gefängnis- oder Zuchthausstrafen verurteilt sind und gelobt, für die Forderung einzustreiten.“

Kommunistenhebe in Wien

Wien, 5. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Polizei leitet ihre Verfolgungspolitik gegen die kommunistische Partei und Jugend fort. Von den Verhafteten werden einzelne festgehalten unter der Beschuldigung, Mitglieder des Antifaschistenkomitees zu sein. Die Ausübung der Antifaschisten, ebenso das Sprechen mit ihrem Rechtsanwalt, wird verweigert. Einer der verhafteten Genossen ist bereits in den Hungerstreik getreten.

Die Wiener „Rote Fahne“ veröffentlicht umfangreiche Beweise dafür, daß die Schuld an dem Tode des Folschisten die Polizei trägt, die einen Provokateur in die Versammlung entsandt hat. Dieser Provokateur war es, der die Massen auf den betreffenden Folschisten hekte und bei dem Mord selbst zugegen war.

Die Polizei hat sich leiblich gehütet, vom dem Agenten zu sprechen, muß jetzt aber gegenüber den Veröffentlichungen der „Roten Fahne“ zugeben, daß ein Mann dieses Aussehens bei der Tat zugegen war, man hat ihn aber nicht mehr auffinden können. Die „Rote Fahne“ wird über die polizeilich-falschliche Zusammenarbeit und über die Schuld der Polizei weitere Beweise bringen.

Streik der französischen Bankbeamten

Paris, 5. August. (Telunion.) Der französische Bankbeamtenstreik hält unverändert an. Es handelt sich nicht nur um eine Lohnbewegung der Beamten. Die Beamten verlangen vielmehr eine vollständige Neuregelung des Arbeitsstatuts. Die drei verschiedenen Gewerkschaften der Angestellten führen den Streik gemeinsam. Die Forderungen der Beamten wurden auf einer Sitzung, die gestern nachmittags stattfand, in vollem Umfang gutgeheißen. Nach Schluß der Versammlung fand eine große Demonstration statt.

Nach dem Erfolg der englischen Gewerkschaften

London, 4. August. Der Innenminister hat eine Rede gehalten, in der er darauf hinwies, daß trotz der Subsidien für die Kohlenindustrie der drohende Generalstreik bestehen bleibe. Die Bemerkungen von Leuten, wie Cool und Purrell gingen weiter, Bemerkungen von Leuten, die in enger Verbindung mit Rossau ständen. Hinter diesen legitimen Gewerkschaften händen kommunistische Organisationen, und er sei auch überzeugt, daß die Sowjets (!) mit ihnen in Verbindung händen. Im Anschluß daran stellte er die Alternative, der England gegenüber: Entweder Arbeiterräte oder Parlament. Man müsse fernher der Tatsache ins Gesicht sehen, die auch der Premierminister den Arbeitern gegenüber zum Ausdruck gebracht habe: Entweder die Löhne müssen herunter oder die Arbeitszeit müsse verlängert werden.

Eine hiesige Zeitung will aus guter Quelle erfahren haben, daß die Unterführung, die die englische Regierung den Grubenbesitzern gewähren will, in keinem Falle von diesen für den weiteren Betrieb von Gruben verwendet werden darf, die wegen Mangels an Rentabilität geschlossen werden müßten. Das bedeutet, daß von den 200 000 Arbeitern der betreffenden Gruben kein einziger mehr wieder eingestellt werden kann. In gut unterrichteten Kreisen wird die Verpflichtung der Regierung für die finanzielle Beihilfe auf 20-25 Pfund Sterling geschätzt. Es erhebe sich die Frage, ob dies ein Budgetdefizit zu Ende des Gesamtjahres bedeuten werde.

„Daily News“ zufolge kann kein Zweifel bestehen, daß die Unzufriedenheit in den konservativen Reihen groß sei und das zukünftige Vertrauen zur Regierung schwächen müsse. „Daily Mail“ schreibt: Die Beforgnis über die Folgen des Schrittes der Regierung, die in der Kohlenkrise der Gewalt nachgegeben hat, ist im ganzen Lande allgemein. In der konservativen Partei herrscht sehr große Unzufriedenheit über die Behandlung der Krise durch die Minister.

250 000 Textilarbeiter im Kampf

(E.F.) London, 5. August. Während der Streik der Kohlenarbeiter in der Gewerkschaft Vorwärts nach wie vor fort. Es

streifen insgesamt 250 000 Textilarbeiter. Die Regierung scheint zu beabsichtigen, in diesem Konflikt zu intervenieren. Ein Regierungsdirektor reiste am Sonnabend nach Bradford, wo er mit den Arbeiterdelegierten in Fühlung treten wird.

Mussolini

Winkt auf Hungerdemonstranten

Die ersten Folgen des Getreidepreises. 14 Tote, 15 Verwundete

Rom, 4. August. (E. F.) In dem katastrophischen Dialekt von Sizilien hat sich am vergangenen Sonntag ein blutiger Zusammenstoß zwischen der Bevölkerung und der Polizei ereignet. Das Dorf wird, wie unzählige andere Gemeinden Italiens, durch einen Kommissar verwaltet, gegen den infolge der Erhöhung der örtlichen Zolltarife und wegen der Lebensmittelverknappung heftige Erbitterung herrscht. Die Bevölkerung versammelte sich nach der Messe vor dem Gemeindehaus und verlangte die Entlassung aller Beamten, die Herabsetzung der Lebensmittelpreise auf Vorkriegsniveau und die Abschaffung aller Steuern. Als die Menge das Gemeindehaus zu erklimmen und anzuzünden drohte, schossen die vierzehn Carabinieri (Jäger), 14 Personen wurden getötet und 15 verletzt, davon 10 schwer. Auch die Carabinieri erlitten einige Verluste. Von der nahe Stadt Colonna wurden sofort Polizei und Truppenverbände abgeleitet.

In der letzten Woche ist auf Dellez des italienischen Ministers der Getreidezoll in der Höhe von 7,5 Goldlire wieder eingeführt worden. Diese Wiedereinführung des Getreidezolls bedeutet eine ungeheure Belastung des italienischen Proletariats und ein riesiges Geldverloren für die italienische Bevölkerung. Italien ist stets auf Getreideimporte angewiesen, was zwar die Einfuhr durchschnittlich etwa 25 bis 30 Millionen Doppelzentner. In diesem Jahre ist die Getreideernte insbesondere geblieben, infolge der schlechten Ernte, nur von 61,19 Millionen Doppelzentnern im Jahre 1921 auf 57,19 Millionen Doppelzentner 1922 gesunken ist.

Dabei befindet sich die Lebensmittelversorgung der Italiens bereits heute weit unter dem Vorkriegsniveau. Die Arbeiter von den etwa 150 000 Arbeitslosen, die schon seit zwei Jahren ohne Arbeit hungern, sind — selbst nach amtlichen Angaben — die Lebenshaltungskosten gegen 1913 auf den dreifachen gestiegen, während die Löhne nur auf das 4/8 fache zugenommen sind. Inzwischen steigen die Preise weiter, während die Löhne auf der gleichen Höhe bleiben.

Polnisch-rumänische Ueberfälle auf die Sowjetgrenze

Moskau. Die russische Grenzbevölkerung ist sehr beunruhigt und berichtet, daß auf der polnischen Seite bedeutende Truppenzusammenschüßungen zu beobachten seien. In allen Grenzorten werde jetzt polnische Kavallerie einquartiert. — Auch die Rumänen zeigen nach Berichten der Sowjetpresse in letzter Zeit ein herausforderndes Verhalten, es sei wiederholt vorerfahren, daß rumänische Soldaten am Grenzfluß Dniestr auf die an Ufer arbeitenden Bauern geschossen hätten.

Moskau. „Tschetscha“ weist mit Entschiedenheit die Behauptungen polnischer Blätter zurück, wonach die letzten zwei letzten Attentate Warschauer und Lemberger Arbeiter auf den „Fehl-Rossau“ erfolgt seien. Durch Verfolgungen von Arbeiterorganisationen liedere die polnische Regierung selbst zum Beweis für ihre Schwäche und vermindere durch einen gegen die Arbeiterklasse geübten Terror ihr Ansehen.

Eine Fordkommission in Rußland

Moskau, 5. August. (Telunion.) Die Sowjetregierung hat handelt gegenwärtig mit einer in Rußland weilenden Fordkommission über die Errichtung mehrerer Flugzeugfabriken. Ford will sich jedoch dazu bereit erklären, wenn er gleichzeitig die Konzession von verschiedenen großen Automobilfabriken erhält.

1840 eingetandene Morde!

Sofia. Die ausländischen Agenturen der Jankoffischen Regierung veröffentlichen immer wieder läugerliche Angaben darüber, wie klein die Zahl der Opfer des weißen Terrors in Bulgarien ist. Nach Veröffentlichungen des bulgarischen Nachrichtenbureaus, die allerdings nicht fürs Ausland bestimmt sind, wurden im Jahre 1921 von Jankoffs Schergen 1840 Personen ermordet. Diese Zahl verteilt sich auf folgende Gruppen: 1840 vollständig Ermordete 697 Personen; schweren Körperverletzungen 197; „spurlos verschunden“ 9; „lebendig verbrannt“ 16.

Die Art, wie man die Gegner des Jankoffregimes verurteilt ist furchterlich. Darüber gibt uns eine aus zugewandene Schilderung über die Ermordung zweier gewissen Mitglieder des Stambulinski-Kabinetts genaue Auskunft. Die beiden gewissen Minister Ciril Pawloff und J. Jancow wurden, wie wir schon berichteten, lebendig verbrannt. In der Zeit des Gefängnisses, in dem sie schon seit zwei Jahren inhaftiert wurden, wurde sie von den Gefängniswärtern mit Petroleum bespritzt und dann in Brand gesteckt.

Auf diese und ähnliche Arten wurden im Jahre 1921 nach amtlichen Angaben der Jankoffregierung 1840 Personen umgebracht.

Ende der Jankoff-Regierung

(E.F.) Mailand. Die äußerst schwierige Lage in Bulgarien wird vom Korrespondenten der „Breme“ in Sofia geschrieben. Danach macht König Boris alle Anstrengungen, um der Krise ein Ende zu machen. Es heißt, er sei jetzt bereit, die Regierung zu wechseln, nachdem er eingesehen habe, daß Jankoff nicht imstande sei, die Lage zu beherrschen, da er nur eine kleine Minorität vertritt, die um jeden Preis das Ruder in der Hand zu halten. Dies veranlaßte König Boris am 29. Juli wieder zu einer längeren Beratung mit Jankoff, der anerkanntermaßen bereit erklärt haben, die Regierung unter der Bedingung aus der Hand zu geben, daß kein Leben und das keine Minister geblieben werden (!). Der König lud am gleichen Tage den Führer der Agrarier, namens Tuzlow, der unter Stambulinski Minister war, zu sich und befragte auch den Agrarminister Tuzlow, den Führer der sozialistischen Partei, Vokulow, den Führer der demokratischen Opposition, Katinow, und den Kapitalisten Katinow über die Lage. König Boris verwies Tuzlow auf die Möglichkeit, ihm die Bildung einer neuen Regierung unter der Bedingung zu übertragen, daß er das Leben der jetzigen Minister nicht antaste und jeder Kadaver der neuen Regierung unberührt bleibe. Tuzlow befiel sich eine Rücksprache mit seiner Partei an.

Wittich, den 1. Gott Der groß besor. Korb an die Monar auf dem Thronerleben o Gefördert mäter Verfahr Deutschlands ist in Arbeiter lesung und l bürklichen un Republik, das die Jollm Die Fello nach 1914 den SPD-Aufree reolutonär I. In diesen geminder De gmer Ortsvere gebildet werde Sozialmotze [sprach hierau le überührb Dreuer Stör zu hiltische war der Hoffe un Gedank, die bei der Arbeit den Sozialism lauren, als ei tamen, nobel genest sind. Mäße der segung, wie di werden, die Rückwärtschafte Ein Klaff bannet loerfäll den Bürgerlu Juni Die Bürger die Art, die d licht anstrottel lichen Staat, i Die es d Konflikt der die Arbeit de gerde deutlan die Regierung In des hang und 3 Zuteilheit de mil neuen l mahllichen Linen“ Verhe Linen der geseht das In sind ma. von Bel ichen? Die gter-tioot! G von der Erat der Stagis a abe. Die best abe. Die in In. Die es be. Die in, 30 Geor di großen Berie In einen lo Der E Der im grobe Augfe ellen, und bo leimen Zuhere man zwei Stäl eilen bis burr legen, so lönn anzuschreiben, vermochten die ellen feitzung des Films ein hofistiel und ih die Techni mo man sich imitande war. schalliger An schären gemon reitoren, lomb fotowöhrende krenge als die Diese löst nur Pruche steben bei einer sch einladem Aug Kräfte aufneh Nehmen t einem Dampf Kolben in Job lebet beweise haben sel leb Minuta. In ablig, wenn st